

## Medienmitteilung

Donnerstag, 23. November 2006

# Bildung und Forschung stärken

## Gezielter Mitteleinsatz und sechs Prozent Wachstum

Der Vorstand von economisesuisse befasste sich an seiner letzten Vorstandssitzung auch eingehend mit der schweizerischen Bildungs- und Forschungspolitik. Er begrüsst und unterstützt den Entscheid des Bundesrates, der kommenden Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2008 – 2011 ein jährliches Wachstum von 6 % zugrunde zu legen. Damit würden dem Bildungs- und Forschungssystem rund 3.3 Mrd. Franken mehr Mittel zur Verfügung stehen als in der Periode 2003 – 2007. Zusammen mit der Beteiligung der Schweiz am 7. Forschungsrahmenprogramm der EU 2007 – 2013 in der Höhe von 2.5 Mrd. Franken, zukunftsorientierten Schwerpunktsetzungen, effizienten Steuerungsmechanismen und Organisationsstrukturen sowie mit einer kompetenten Zusammensetzung der Führungsgremien sollte dieser finanzielle Mitteleinsatz nach einstimmiger Meinung von economisesuisse ausreichen, um den Platz der Schweiz unter den führenden Wissens- und Innovationsstandorten auch in der Zukunft zu sichern.

Die Schweiz erfüllte praktisch bereits 2004 die so genannte Lissabon-Zielsetzung, die für 2010 eine F+E-Quote von 3 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) vorgibt, aufgeteilt in 2 % für die Wirtschaft und 1 % für den Staat. Dass sich die Schweiz damit in einer guten Ausgangslage befindet, attestierten ihr in letzter Zeit verschiedene internationale Organisationen (EU-Kommission, OECD, World Economic Forum usw.). Allerdings ist dies nur dem starken Engagement der Wirtschaft zu verdanken, lagen doch 2004 die F+E-Investitionen der schweizerischen Unternehmen mit 2.2 % des BIP über der Zielnorm. Dagegen hinkte der Staat (Bund und Kantone) mit rund 0.7 % zurück. Seither liegt das jährliche Wachstum der F+E-Investitionen der weltmarktorientierten Unternehmen zwischen 4 – 7 %.

Vor diesem Hintergrund sind auch die staatlichen Träger des Bildungs- und Forschungssystems gefordert. Der Entscheid des Bundesrates, den Ausgaben für Bildung und Forschung in der Ausgabenpolitik prioritären Charakter zu verleihen, ist daher konsequent und sachgerecht. Wichtig dabei ist, dass diese Mittel dem BFI-Bereich über die ganze Periode verlässlich zur Verfügung gestellt werden. Damit sollte sich die politische Diskussion, die bisher hauptsächlich der Input-Seite gegolten hatte, auf die qualitativen Aspekte des Bildungs- und Forschungssystems verlagern. Denn ausreichende finanzielle Mittel sind lediglich eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für Erfolge in Bildung, Forschung und Innovation. Entscheidend sind letztlich der effiziente Mitteleinsatz und ein Umfeld, welches Kreativität, Motivation, Leistungsbereitschaft und Neugierde weckt und fördert. Das gilt gleichermassen für die Berufsbildung, die Hochschulen und die Forschung.

Die bundesrätliche Strategie in Bildung und Forschung ist nicht nur in der Umsetzung, sondern auch finanzpolitisch anspruchsvoll, geht es doch um eine beträchtliche Mittelaufstockung. Es gilt deshalb, die unvermindert notwendige Haushaltskonsolidierung weiterzuführen, was weitere Einsparungen im konsumtiven und sozialen Bereich erfordert. Ausgaben für Bildung und Forschung sind nur dann Investitionen in die Zukunft, wenn sie nicht mit Schulden erkaufte werden, die sich als Hypothek für Wirtschaft und Gesellschaft erweisen.

Rückfragen:  
Dr. Rudolf Walser  
Telefon: 044 421 35 32  
[rudolf.walser@economiesuisse.ch](mailto:rudolf.walser@economiesuisse.ch)